

Neue parlamentarische Vorstösse im Grossen Rat

Strafanstaltspersonal besser schützen

rem/brm/atw. Verschiedene Grossratsmitglieder erwarten von der Regierung Vorschläge, wie das Personal der Strafanstalt besser vor hinterhältigen Angriffen geschützt, wie die aargauische Kantonalbank durch Ausgabe von Partizipationsscheinen noch stärker im Publikum verankert und wie die Schadstoffbelastung in der Luft kurzfristig reduziert werden kann.

Nachdem der Koch der kantonalen Strafanstalt Lenzburg im Juni nur mit viel Glück dem Mordanschlag eines Häftlings entging, erkundigt sich Gertrud Keller (evp, Erlinsbach) nach vermehrten Sicherheitsmassnahmen. Ihrer Ansicht nach drängt sich vor allem eine Personalvermehrung auf. Sie weist darauf hin, dass in der bernischen Strafanstalt Thorberg für 180 Insassen 101 Mitarbeiterstellen bestehen, in der Strafanstalt Lenzburg für 180 Häftlinge dagegen nur 74 Planstellen. Ein besonderes Augenmerk müsse auf jene Bereiche geworfen werden, betont die Postulantin, in denen Angestellte allein mit Insassen arbeiteten.

Rasche Schadstoffreduktionen anstreben

Das zunehmende Waldsterben und somit der Kampf gegen die Luftverschmutzung haben Grossrat Felix Binder, (cvp, Kaiserstuhl), zur Einreichung einer Interpellation mit direkten Fragen an die Regierung bewogen. Dies, zumal der Regierungsrat bisher im Zusammenhang mit der steuerlichen Begünstigung für Katalysatorautos und Finanziellen Beteiligung an Umweltabonnements ablehnende Haltung zeigte. Binder fragt die Regierung nach kurzfristigen Massnahmen, um die immer noch steigenden Schadstoffmengen von Kohlenwasserstoff, Kohlenmonoxid und Stickoxid zu stabilisieren oder gar zu senken. «Ist der Regierungsrat bereit, im Kampf gegen die Luftverschmutzung (Waldsterben) Finanzielle Mittel für Vorbeugende Massnahmen einzusetzen, und wenn ja, wieviele?» In seiner Interpellationsbegründung weist Binder darauf hin, dass die 1983 gemessene Schädigungsquote der Wälder im Aargau von 34 Prozent ein Jahr später bereits auf 40 Prozent angestiegen sei. Auch hätten die im Herbst 1983 gemachten Nadelanalysen hohe und höchste Werte von Schwefel-, Fluor- und Chlorkonzentrationen aufgewiesen. Neu käme hinzu, dass die 1984 gemachten Infrarotaufnahmen die vorgenannten Werte bestätigen oder zum Teil übertreffen würden.

Kantonalbank stärker verwurzeln

Der Regierungsrat soll in einem Bericht die rechtlichen Voraussetzungen und die Vor- und Nachteile einer Ausgabe von Partizipationsscheinen durch die aargauische Kantonalbank darlegen. Dies fordert Grossrat Rudolf Rohr (fdp, Würenlos) in einem Postulat. In der Begründung heisst es, die Ausgabe von Partizipationsscheinen könne aus zwei Gründen für die aargauische Kantonalbank von grossem Interesse sein. Zum einen könnte die Bank auf diese Weise Grundkapital zu günstigeren Konditionen beschaffen, zum anderen ergäbe sich für sie eine stärkere Verwurzelung in der Bevölkerung. Die Kantonalbank von Bern, die 1981 erstmals ein Partizipationskapital geschaffen und seither bereits zweimal erhöhte, hat mit diesem Finanzierungsinstrument ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Über die rechtlichen Voraussetzungen einer Ausgabe von Partizipa-

tionsscheinen scheint Unklarheit zu bestehen. Finanzdirektor Kurt Lareida ist der Ansicht, dass dazu eine Revision des Gesetzes über die aargauische Kantonbank, eventuell sogar eine Änderung der Kantonsverfassung erforderlich seien.